

## Change?

### Image War

Vermutlich bedauert „New York Times“ mittlerweile ihre Empfehlung für Hillary Clinton, die sie am Jahresanfang 2008 ausgesprochen hatte. Jedenfalls ließ sich Alice Rawsthorn in den Spalten der „International Herald Tribune“ dazu hinreißen, Barack Obama zum „*leader in the image war*“ zu erklären.<sup>1</sup> Seine Kandidatur sei unfehlbar gestylt, nachgerade perfekt designt und reflektiere das hochgradig fragmentierte Publikum der Web 2.0-Ära: er ignoriere die Nationalfarben, operiere mit einer weißen aufgehenden Sonne („Change“), habe eine weitaus jugendlich-modernere und zugleich weit verbreitete Schrifttype („Gotham“) gewählt und trete bei unterschiedlichen Zielgruppen mit unterschiedlichem Design auf, unbesorgt um einen Verlust an Wiedererkennbarkeit und Identität. Kein Kandidat und kein Politiker kommt mittlerweile ohne solches Image aus oder kann ihm enttrinnen. In den USA wurde nach Ronald Reagan (*Retro-Ronald*), Bill Clinton (*Saxophon-Bill*) und Georg Bush (*I-am-the-Tough-Guy-George*) mit Barack Obama ein vierter besonders hipper Star geboren: *Hope & Change-Barack*. Er soll zukünftig die zugängliche Weltmacht geben.

### Konzertierung

Außenpolitik spielt, sieht man vom Irakkrieg ab, bislang im Wahlkampf kaum eine Rolle – das wird sich langsam ändern, aber nicht grundlegend. Dennoch setzt sich die Tradition fort, dass wirtschaftliche und damit verbunden soziale Fragen sowie die Kriegsaktivitäten der USA eine entscheidende Rolle spielen werden bei der Wahlentscheidung<sup>2</sup>. Diese Entscheidung ist noch offen, da die Spaltungen des WählerInnenpotentials der Demokraten nach class, race and gender dramatisch sind: Über ein Viertel der potentiellen Obama-Wähler erklärte noch im April 2008, sie würden im Falle einer Clinton-Kandidatur ihre Stimme lieber dem Republikaner McCain geben. Ähnlich sieht es im Clinton-Lager aus: Über ein Drittel ihrer Anhänger gaben an, McCain als Präsidenten zu wählen, sollte Obama die Kandidatenkür gewinnen. Bislang ist nicht erkennbar, wie diese tiefe Spaltung überwunden werden und McCain geschlagen werden kann.

Was würde bei einer neuen Administration Obama anstehen? Nach außen *Konzertierung*: also China ganz locker ins Empire einladen (bisher taucht es in *Hope&Change-Barack's Wahlprogramm* kaum auf)<sup>3</sup>, Europas humanitär-nach-

1 <http://www.iht.com/articles/2008/04/04/arts/design7.php>

2 [http://www.ontheissues.org/Foreign\\_Policy.htm#Hillary\\_Clinton](http://www.ontheissues.org/Foreign_Policy.htm#Hillary_Clinton)

sorgenden Geschäftsbranchen aufpäppeln und Russland weiter aufkaufen, das Japan *in decline* stabilisieren und die *swing states* der *emerging markets* binden: die Brasilien, Indien, Südafrika, Türkei und, vielleicht, Iran. Ganz uncool freilich und ohne *spirit* wird man die Raumgewinne von *Tough-Guy-George* und *Saxophon-Bill* verteidigen und ausbauen: platte materielle Militärdominanz, Entgrenzung der (nuklearen wie nichtnuklearen) Kriegspolitik, Prävention, imperiale Souveränität, die geostrategischen Gewinne um Russland, im Nahen Osten, in Osteuropa, die Globalisierung der NATO, die Geländegewinne in Indien, die aktuellen Anbindungen Australiens oder Japans, die neuen transatlantischen Freundlichkeiten aus Europa, in Sonderheit von Bruni's Sakorzy. Doch trotz seiner großen Verdienste – Gewinne, auch an Raum, hohen Ölpreise, gesicherte Drogenproduktion, großzügige *landscapes of fear* – muss Bush ins texanische Altersheim. Die Freiheitspropaganda des verbrauchten *Tough-Guy-George* bringt einfach skandalös dürftigen Mehrwert. Das *branding* des Produkts USA hat schlimm gelitten – Tom Cruise ist (noch) hegemoniefähig auf dem *soften* Weltmarkt, das Bush-Amerika seit 2006 nicht mehr. Wenn *Tough-Guy-Bush* in einem kleinen Studio im Weißen Haus stolz die kleine Pistole Saddam Husseins ausstellt und *Slippery-Oil-Dick Cheney* bei sich zuhause keine Pistole, sondern ein Stück aus dem Schutt des Hauses präsentiert, in dem Abu Musak al Zarqawi, der El Kaida-Führer im Irak, getötet wurde – dann rührt ein solcher Sammelfleiß kaum noch jemand und sie sind zunehmend allein im Heim mit ihren stolzen Trophäen. Die Amerikaner sind der Bush-Dynastie müde, nicht aber der Kultur der politischen Rechten – und jeder zweite von ihnen hätte gerne einen echten, effizienten Militär als Kriegspräsidenten.

Barack dagegen soll die globale Relegitimierung des *informal neoliberal empire* bewerkstelligen – wozu hat man es schließlich vor so etwa einem Jahrhundert erfunden? Deshalb muss er als *Visiotype der change, der Erneuerung des Stils, der Kultur und Zukunftsfähigkeit der Marke Amerika* funktionieren. Das ist seine zentrale Image-Rolle. Hillary Clinton kann das nicht: sie ist Vergangenheit und Mitverantwortliche des Bush-Desasters. McCain liefert das Alternativprogramm: als hard-headed Militär glaubt er ganz anders als Bush an die problemlösende Kraft militärischer Gewalt und wird nicht nur von einflussreichen Neokonservativen beraten<sup>4</sup> sondern vertritt offenbar auch eine Reihe von Positionen, die aus diesem Lager kommen: Gründung einer „Leage of Democracies“ um die UN zu umgehen<sup>5</sup>, Ausweitung der NATO, Einrichtung einer Agentur nach dem Vor-

3 B. Obama am 13.12.07: "...when I was visiting Africa, I was told by a group of businessmen that the presence of China is only exceeded by the absence of America in the entire African continent. Number three, we have to be tougher negotiators with China. They are not enemies, but they are competitors of ours. Right now the United States is still the dominant superpower in the world....". Mit Tibet hat sich hier eine rhetorisch, bisher aber nicht politisch relevante Veränderung ergeben.

4 Dazu gehören Randy Scheunemann, Bill Kristol, James Woolsey, Robert Kagan, Max Boot, Gary Schmitt und Ralph Peters, S. The Nation v.24.3.2008 S.16 und NYT v. 10.4.2008 [http://www.nytimes.com/2008/04/10/us/politics/10mccain.html?\\_r=1&hp=&adxnnl=1&oref=slogin&adxnnlx=1207825880-ho4ut6Rr+hA+l27pjoF-QrQ](http://www.nytimes.com/2008/04/10/us/politics/10mccain.html?_r=1&hp=&adxnnl=1&oref=slogin&adxnnlx=1207825880-ho4ut6Rr+hA+l27pjoF-QrQ)

bild des *Office of Strategic Services* für paramilitärische und verdeckte Aktionen, Frontstellung gegen Russland und Iran, dauerhafte Präsenz im Irak („100 Jahre“).

## Macht & Krieg

Wo der *Hammer* hängt im Empire, wird auch der *sympathische* Barack, mit einer kleinen Latino im Arm, den El Kaidas, Islamnazis und von Kollateraleffekten bedrohten Weltmarktkonkurrenten klarmachen. Kriege müssen kompetenter und doch auch deutlich eleganter und verlässlicher geführt werden. Aber zurückgenommen wird nichts. Der *global strike* etwa. Er wurde von Bush 10.1.2003 als *change 2* dem *Unified Command Plan des U.S. Strategic Command (STRATCOM)* hinzugefügt – das ist “a capability to deliver rapid, extended-range, precision kinetic (nuclear and conventional), and nonkinetic (elements of space and information operations) effects in support of theater and national objectives.” Am 18. November 2005 wurde STRATCOMs *Joint Functional Component Command for Space and Global Strike (JFCC-SGS)* als operationsfähig freigegeben. CONPLAN 8022 liegt seit 2004 als entsprechende Planung *präemptiver* nuklearer Schläge der strategischen Kriegsplanung der USA zugrunde im Rahmen einer Politik, welche die allgemeine Abschreckung verlässt und auf eine spezifizierte, auf „rogue powers, terrorist networks and, *near-peer competitors*” zugeschnittene Politik umstellt.<sup>6</sup> Diesen *change 2* wird change-Obama sorgfältig hüten.

Seine militär- und sicherheitspolitischen Berater sind moderate “liberale Internationalisten” wie Ben Rhodes oder Denis McDonough, die aus dem Lager Lee Hamiltons kommen, welcher mit der 9/11-Kommission vorsah und der Itar-Studiengruppe. Dazu kommen Susan Rice, Richard Danzig und Tony Lake aus der zweiten Reihe der Elite des Militär-Sicherheitsapparats vor Bush, also unter den Albright oder Holbrooke, die dann in der Clinton-Wahlmaschine arbeiteten<sup>7</sup>. Obama votierte für die Verlängerung des PATRIOT Act, unterstützte 2006 den *Kriegs-Treiber* Joe Lieberman und plädierte zuweilen auch für einen Aufwuchs des US-Militärs<sup>8</sup> (sein Stimmverhalten war in diesen und anderen Fragen kaum unterschieden von dem Clintons).

5 Im Detail ausgebreitet bei Daalder, Iva/Kagan, Robert: *America and the Use of Force*. Stanley Foundation Muscatine 2007

6 “from ‘one size fits all’ deterrence to tailored deterrence for rogue powers, terrorist networks, and near-peer competitors.” U.S. Department of Defense, Report of the Quadrennial Defense Review, February 2006; Deterrence Operations Joint Operating Concept, Version 2.0, December 2006 Preface, p. vi. sowie Amy f. Wolf: *Nuclear Weapons in U.S. National Security Policy: Past, Present and Prospects*, CRS-Report for Congress v.28.1.2008. S. insgesamt hier das Nuclear Information Project der FAS, <http://www.nukestrat.com/us/guidance.htm>.

7 S. Noam Scheiber: *The Audacity of Data*, in: *The New Republic* 12.3.2008 S. 27ff.

8 In einer Rede am 23.4.2007 plädierte er für einen Zuwachs der Militärausgaben und eine Aufstockung der Armee um 65 000 Soldaten und 27 000 Marines.

## Minority Model for a Majority

Nach innen geht es um das Grundprogramm: red und blue *versöhnen statt spalten*: von allem ein bißchen – Wachstum, Spirit, Hautfarbe. Die religiös und ethnisch Ausgezeichneten (Latinos, Schwarze, Asias) dominieren die underclass, lower class, middle class, sie gilt es zu repräsentieren. Aber sie sind politisch zerstritten und zerfallen. *Obama als erstes minority model des neoliberalen Amerika* soll das beenden und das *Image eines neuen politischen Blocks des Liberalismus hergeben: Kennedy meets King*. Dazu muss er zu diesen verschiedenen Minderheiten gehören – und auch nicht. Er spielt mit Differenz und Prekarität und präsentiert zugleich ihre Überwindung, gleichsam als erfolgreicher Immigrant und *Independent* – deren Stimmen er mobilisiert wie kein Kandidat der Demokraten bislang. Er führt nicht, sondern öffnet Möglichkeiten. Doch der Wandel zu großen Buchstaben – um nochmals auf den *Image War* zurückzukommen – in der Schreibweise seines Namens zeigt, dass es zunehmend um Führung geht. Um Geld aber geht es dabei eigentlich nicht<sup>9</sup>.

Es geht um die Mobilisierung und Verbindung der Identitätspolitik und um profane politische Ökonomie: marode Infrastrukturen, *green America*, *spirit* statt *money*. *Spirit ist wichtig*. Daraus nämlich wird die Finanzierung der Reorganisation der allgemeinen Bedingungen der Produktion und Reproduktion des in- und ausländischen Kapitals in den USA legitimiert werden. Womöglich werden ein paar Steuern erhöht, trickle-downs gepflegt und Barack greift mitsamt Familie und kenianischer Verwandtschaft zur Hacke, so dass der große Bogen von Verklavung afrikanischer Schwarzen zur Erhöhung zum amerikanischen Präsidenten tellerwäscherartig rüberkommt. Dies war ein recht unerhörter Zug in der bemerkenswerten Rede zur Rassenfrage Obamas.<sup>10</sup> Wer den Betäubungseffekten dieser Politik des Bilderkrieges widerstehen kann wird konstatieren müssen, dass in Fragen der Ökonomie Obama keine Abweichung vom zentristischen Neoliberalismus des Democratic Leadership Council repräsentiert, dessen Chefökonom Austan Goolsbee wirtschaftspolitischer Berater Obamas ist.

In der Krise des Bushismus, also des rechten Amerikanismus der groben Jahre seit 2001 kommt nun hervor, was dieser Nationalismus verdeckte: die alten und durch die neoliberale Ungleichheitspolitik weit vertieften Spaltungen der US-Gesellschaft – ethnisch, sozial, nach Geschlecht, Alter. Während McCain um die Rekonstruktion des brüchigen rechtsimperialen Blocks kämpft, um eine Implosion der rechten Allianz zu verhindern, werden auf dem demokratischen Feld die Identitäts- und Anerkennungspolitiken ausgespielt, um die Wählermassen in Bewegung zu setzen. Es geht um Wahlpolitik und um eine WählerInnenbewegung,

9 Die Website [opensecrets.org](http://opensecrets.org) folgt der Wahlkampffinanzierung in den USA detailliert. Eine Übersicht gibt das Wall Street Journal v. 2.4.2008 („Business Donors Bypass McCain“). Einen Eindruck vermittelt „Obama Visits Billionaires Row“ (6.4.2008) [http://www.zombietime.com/obama\\_visits\\_billionaires\\_row/](http://www.zombietime.com/obama_visits_billionaires_row/).

10 <http://www.algore2008.de/blog/index.php/2008/03/26/usa-wahlen-rede-barack-obama-rassenfrage/>.

nicht um Umbaupolitik und soziale Bewegung. Obama ist keine politische Widergeburt von Jesse Jackson und kein Führer einer großen fortschrittlichen Bewegung. Clinton wie Obama haben freilich die schwarzen Seiten der Identitätspolitik zu spüren bekommen. Dass Clinton die Ärmern, Frauen, Latinos und prominente Millionärscluster repräsentierte, half ihr wenig, da sie nicht den tiefen Wunsch nach Veränderung („*everything but Bush*“) durch einen Bruch mit der Vergangenheit der Clinton-Dekade *überzeugend* aufgreifen konnte. Für die Masse der *Independents* ist sie weit weniger überzeugend. Die Kriegsfrage ist eine Schlüsselfrage: Obama und die Mehrheit seiner Berater halten den Irak-Krieg für einen großen *taktischen* Fehler. An dem 1,1 Billionen \$-Rüstungshaushalt 2008 wird Obama nicht rühren. Sein Irakprojekt: ungefähr die Hälfte der Truppen abziehen aber bis zu 50.000 Soldaten dort belassen. Was mit den 180.000 Söldnern wird hat er offen gelassen – und was mit den 15 Militärbasen der USA im Irak wird ebenso. Weder er noch Clinton nahmen die militärische Option gegen den Iran vom Tisch.

### **Liberal(imperial) Zentrismus**

Im Endeffekt wird sich ein neuer Zentrismus etablieren, dessen Triebkraft eine schon 2004 und 2006 sich aufbauende Mobilisierung der *liberals* und *radicals* ist, die eine politische Agenda propagieren, die beträchtlich links von jener des John Kerry 2004 oder der Pelosi 2006 steht. Die wirkliche Politik, die dann herauskommt, wird beträchtlich rechts davon stehen. Worauf zielt sie? *Kulturell* ist *spirit* nach Wahl im Angebot, im Überschuss; *sozial* eine Koalition, die versucht die evangelikalen, militaristischen, altrepublikanischen und rassistischen Teile der Bush-Koalition auszugrenzen und die Wilsonisten, marktradikalen Neoliberalen sowie die rechten Verelendeten einzubinden, Teile der Medien, der Wallstreet und des Militär-Industrie-Komplexes sowie des Agrobusiness und des neuen Energiekapitals herüberzuziehen und mit dem demokratischen Entertainment-Komplex und dem Hochtechnik-Sektor zu verbinden<sup>11</sup>. Andere Teile der extraktiven Industrie, der Wallstreet, der Bauwirtschaft und des MIK sind auf absehbare Zeit recht-simperial. Und darum geht es ja: die seit den Zwischenwahlen 2006 auf der parlamentarischen Ebene etablierte Machtteilung zwischen der seit den 80ern weltweit bedeutendsten rechtsimperialen Strömung und dem Neoliberalimperialismus zu beenden und den *Liberal Imperialism* (Taliaferro) wieder als hegemoniale Strömung zu etablieren. Dieser mag besser geeignet sein, im großen Spiel das europäische *informal empire* zu zügeln und die transatlantische Seelenverwandtschaft des kapitalistischen Nordens, den liberalimperialen Geist neu zu be-

11 Sehr sichtbar ist die Unsichtbarkeit der Positionierung der Eliten gegenüber der Spaltung der demokratischen Partei, insbesondere die Unterstützung Obamas aus diesem Sektor.

festigen. Erst recht verspricht er gegenüber China eine Neuauflage der Politik des „Empire by Invitation“, wie sie Ikenberry als einzigen Weg in der *Foreign Affairs* 1/2008 beredt propagiert hat:

The United States' "unipolar moment" will inevitably end. If the defining struggle of the twenty-first century is between China and the United States, China will have the advantage. If the defining struggle is between China and a revived Western system, the West will triumph. ... The key thing for U.S. leaders to remember is that it may be possible for China to overtake the United States alone, but it is much less likely that China will ever manage to overtake the Western order. In terms of economic weight, for example, China will surpass the United States as the largest state in the global system sometime around 2020. (Because of its population, China needs a level of productivity only one-fifth that of the United States to become the world's biggest economy.) But when the economic capacity of the Western system as a whole is considered, China's economic advances look much less significant; the Chinese economy will be much smaller than the combined economies of the Organization for Economic Cooperation and Development far into the future. This is even truer of military might: China cannot hope to come anywhere close to total OECD military expenditures anytime soon. The capitalist democratic world is a powerful constituency for the preservation — and, indeed, extension — of the existing international order. If China intends to rise up and challenge the existing order, it has a much more daunting task than simply confronting the United States. ... *The United States' global position may be weakening, but the international system the United States leads can remain the dominant order of the twenty-first century.*"

## **Empire**

Es ist Zeit sich zu erinnern: bei der anstehenden „Wiederbelebung des westlichen Systems“ geht es um die Fortsetzung eines von den USA geführten Systems. Doch das ist nur eine Entwicklungsvariante. Es steht zur Frage,

- ob sich in dieser geschichtlich neuartigen Situation des Globalkapitalismus ein neues planetares politisches Subjekt (z.B. eine „transnationale Bourgeoisie“) und eine neuartige globale politische Ordnung („Empire“) etablieren können,
- ob es zur Neubildung eines „anarchisch-konkurrenzförmigen“, gleichsam „pluralen“, wenngleich durchaus ungleich verfassten, hierarchisch geordneten und mehr oder weniger koordinierten Systems mit kooperativen Grundelementen kommen werde in dem ein zentraler Akteur (etwa China) oder eine Allianz (der transatlantische oder gar planetare „Norden“ oder eine neue „asiatische Allianz“, die dem Westen gegenüberstehen oder ihn als dominanten Faktor ablösen würde („A World without the West“) oder die „Supermächte“ USA, China und die EU als die „Big Three“ (Khanna) dominieren oder endlich ein „globales Direktorium“

(Kupchan) aus USA, EU, Japan, Russland und China arrangiert eine dominierende oder hegemoniale Rolle spielen würde, dabei aber im heftigen Kampf um ein, zwei Dutzend machtpolitisch relevanter *swing states* liegen, deren Orientierung darüber entscheidet, wer das Primat in der globalen Machtstruktur erlangt,

- ob ein einzelner traditioneller Akteur aufgrund seiner hegemonialen Position („Hypermacht“) im historisch gewachsenen Machtfeld diese globale Rolle („American Empire“) zu übernehmen vermag und konkret die USA instande wären, ihr imperiales Projekt neu – eben global und mit neoliberalen Zuschnitt – zu initiieren („neuimperial“) und aufgrund der unipolaren Position, in die sie versetzt worden waren, durch eine primär unilaterale Politik ein Projekt der Ordnung der Welt nach eigenem Maß durchzusetzen

- oder ob schließlich in bestenfalls mittelfristiger Sicht Wirklichkeiten eines alternativen, kooperativen, nichthegegonial-demokratischen, radikal friedlichen und antiimperialen Projekts der „Selbstordnung“ der Welt geschaffen werden können.

Die Auseinandersetzung um diese Optionen prägt die gegenwärtige Weltordnung. Weniger denn je macht die liberale („realistische“) Rede von der „anarchischen“ Staatenordnung Sinn: es geht um die Qualität der Hierarchie in dieser Ordnung. Und ein Blick, der allein auf die Konflikte und Kräfteverschiebungen zwischen Nationalstaaten und den auf diesen basierenden Machtbündelungen fokussiert ist, verfehlt die Vielfalt und Tiefendimensionen der Kämpfe im globalen Raum, die in der Machtstrukturforschung identifiziert wird.

Unversehens sind also zentrale politische Konflikte inmitten der scheinbar so festgefühten Konstellation des Neoliberalismus entbrannt. *Die neue Delegation des Neoliberalismus ist nicht das einzige Zeichen der Zeit – mehr noch geht es um die strategischen politischen Richtungskämpfe, die im Rahmen und Raum des neoliberalen Kapitalismus zwischen seinen imperialen („planetaren“, „pluralen“, „singulären“) Akteuren ausgebrochen sind – die schwachen „nichtimperialen“ Protagonisten agieren hier noch in einer anderen Liga. Dieser Konflikt wird aller Voraussicht nach die nächsten Jahrzehnte bestimmen und durchaus ungeklärt ist, welche sozialen Gehalte und welche politische Qualität dabei am Ende bestimmend sein werden. Eine Fülle von heterogenen Konstellationen und widersprüchlichen, fragmentierten Formationen der Übergänge existieren schon heute, die das Aufeinanderstoßen dieser Akteure und ihrer Projekte reflektieren.*

Seit weit über einem Jahrhundert existieren sehr hartnäckig traditionsstarke liberal- und rechtsimperialen Projekte, deren kulturelles Set, politisches Design und partiell sogar soziale Trägerschaft die verschiedensten formativen Konstellationen überdauerten und auch keineswegs notwendig für spezifische Akkumulationsregimes oder -typen stehen, sondern unterschiedliche politische Räume besetzen. Zur anhaltenden neoliberalen Transformation des fordistischen Kapitalismus gehören daher unterschiedliche imperialen Projekte, die sich nun seit über drei Jahrzehnten

am deutlichsten in der Auseinandersetzung zwischen liberal- und rechtsimperialen Richtungen verdichten. Die Auseinandersetzung fokussiert sich auf jenes Land, das als Einziges gegenwärtig ein „realistisches“ imperiales Projekt verfolgt – eben die USA.

Kräftepolitisch deutet sich somit zwar eine wirkliche Verschiebung an. Empires gehen sicherlich wegen einer Niederlage in einem Regionalkrieg nicht unter; aber die USA haben ein rasch wachsendes Macht-, Ressourcen- und Legitimationsproblem. Sie sind zudem mit anderen Mächten konfrontiert, die entweder eigene Regeln aufbauen (Europa) oder dieselben Regeln besser spielen (China). „Die Welt wird multipolar sein“ ist daher die Prognose nicht nur der früheren Außenministerin Madeleine Albright. „Selektive Weltherrschaft“ (Czempiel) scheint gegenwärtig das Äußerste, was das Projekt „American Empire“ zu leisten vermag. China, Indien, Russland, Südafrika, Brasilien gehören nicht zu dem liberalen westlichen Block der Japan, Südkorea, Kanada, Australien, weiter Teile Europas – also zur Kernzone des American Empire. Sie betreiben vorsichtiges *hard balancing* (China, Indien, einzelne europäische Staaten) und deutliches *soft balancing*, indem sie die Kosten unilateraler Politiken der USA in die Höhe treiben und politische Präferenzen der USA in internationalen Organisationen konterkarieren – und ähnlich wie diese einer Abtretung nationalstaatlicher Kompetenzen an solche Organisationen möglichst widerstehen. Der taktische Rückzug und die nicht nur leichthändig verbalen Kurskorrekturen, welche die USA mittlerweile vor allem gegenüber Europa (insbesondere die BRD) unternahmen, reflektiert die Effekte dieser Balancearbeit<sup>12</sup>.

Dementsprechend häufen sich die Mutmaßungen, dass die USA zwar auf kürzere oder mittelfristige Zeit hin weiterhin eine dominante Stellung als „Supermacht“ einnehmen würden, diese aber mit China und der EU teilen oder sich zumindest zunehmend mit einer ganzen Reihe von „Großmächten“ oder Machtblöcken auseinandersetzen müssten. Robert Kagan schrieb Ende 2007 in einer grundlegenden realistisch-neokonservativen Bilanzierung der Bush-Zeit: „Die Welt ist immer noch unipolar, in der die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht bleiben. Aber die internationale Konkurrenz zwischen Großmächten ist zurückgekehrt, in der die USA, Russland, China, Europa, Japan, Indien, Iran und andere um regionale Vorherrschaft kämpfen. Kämpfe um Ehre und Status und Einfluss in der Welt sind erneut zentrale Merkmale der internationalen Landkarte geworden. Ideologisch haben wir es mit einer Zeit der Divergenz und nicht der Konvergenz zu tun. Der Wettbewerb zwischen Liberalismus und Absolutismus ist wieder erwacht...doch die amerikanische Vorherrschaft in den zentralen Dimensionen der Macht bleibt ein zentrales Merkmal des internationalen Systems (die ... charakterisiert werden kann mit der Formel ‚eine Supermacht, viele Großmächte‘.“ Die USA „dehnten weiterhin ihre Macht und militärische Reich-

12 Zum Komplex des *American Empire* s. Rainer Rilling: *Risse im Empire*. Berlin 2008.



weite aus und zeigen kein Anzeichen für eine Verlangsamung dieser Expansion sogar nach den Wahlen von 2008. ... Ebenso wie das US-Militärbudget anwächst, so auch die Anzahl der amerikanischen Militärbasen in Übersee. Seit dem 11. September 2001 haben die USA Basen errichtet oder erweitert in Afghanistan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan in Zentralasien; in Bulgarien, Georgien, Ungarn, Polen, und Rumänien in Europa und auf den Philippinen, in Djibouti, Oman, und Katar. (...) Die Amerikaner haben an ihrer regionalen Vorherrschaft festgehalten in Ostasien, dem Nahen Osten, der westlichen Hemisphäre und, bis vor kurzem, in Europa; nunmehr auch zunehmend in Zentralasien. Dies war ihr Ziel nach dem Zweiten Weltkrieg und seit dem Ende des Kalten Krieges, beginnend mit der ersten Bush-Regierung und dann fortwährend in der Regierungszeit Clinton haben sich die USA nicht zurückgezogen sondern haben ihren Einfluss nach Osten ausgedehnt über Europa und in den Nahen Osten, Zentralasien und den Kaukasus ... Ist die USA einmal in einer Region aus welchen praktischen oder idealistischen Gründen auch immer, ist sie bemerkenswert zögerlich sich aus ihr wieder zurück zu ziehen bis sie glaubt, dass sie diese nach ihrem eigenen Bilde substantiell transformiert hat.“<sup>13</sup> Ein „Balancing“, ein Ausbalancieren der Supermacht, das die „realistische“ Theorie der internationalen Beziehungen seit 1989 erwartete, hat sich bislang zu keiner kooperativ-konzertierten Aktion verdichtet.

Zwar scheinen die USA trotz ihrer Stärkung nach dem Ende des Kalten Krieges gegenwärtig zu schwach, um eine globale Ordnung stabil zu institutionalisieren, die ihr ein dauerhaftes Primat sichert, das nicht herausgefordert werden kann. Doch andererseits sind sie zu stark, um konzedieren zu müssen, dass andere große Staaten und kapitalistische Zentren gemeinsam mit ihnen nach den Maßstäben eines kollegialen Managements des Globalkapitalismus kooperieren. Die USA sind nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das in der Welt arrangiert wird<sup>14</sup>, ein Amerika des *Americanism* und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausschlüsse und Ausnahmen, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwinden, Rechte und Ansprüche, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit platziert werden.

## Offene Dynamik

Wie also der Kampf um den Entwicklungsweg des neuen neoliberalen Globalkapitalismus ausgehen wird, lässt sich gegenwärtig schwer abschätzen. Eine neue

13 Robert Kagan: End of Dreams, Return of History, in: Policy Review August/September 2007.

14 So im März 2004 Donald Rumsfeld in CNN: „how our country is arranged around the world“, zit. nach Aruif Dirlik: American Studies in the time of Empire, in: Comparative American Studies 3/2004 S.288.

demokratische Administration wird keine weit reichende Wende vollziehen und eine Administration McCain wird – bis auf die zentrale militärische und außenpolitische Frage – in wesentlichen Punkten Positionen beziehen, die mit breiten Meinungsbildern der republikanischen Anhängerschaft wenig vereinbar sind. Die beträchtliche Spaltung der amerikanischen Bevölkerung<sup>15</sup> wird sich im neuen Zentrum so nicht mehr reflektieren. Aber, zumindest auf kürzere Sicht hin, wird eine politische Mobilisierung des liberalen und auch linken Teils der US-Bevölkerung bleiben, die sich seit 2003/4 langsam aufbaut und seit 2005/6 deutlich an Dynamik gewonnen hat. Die Kampagne Obamas war imstande, sie zu nutzen, zu vertiefen und einen erstaunlich großen Teil der Jüngeren wieder in den politischen Raum zu bringen. Das ist auf jeden Fall sein grundlegendes Verdienst ebenso wie die Neumobilisierung eines als traditionell abgewerteten, in die Jahre gekommenen Feminismus durch Hillary Clinton. In beiden Fällen zeigt sich die Stärke eines politischen amerikanischen Liberalismus, der als solcher in Europa weithin gar nicht erkannt wird und der in den USA ein Dutzend Jahre gegen die neu gebaute rechte Allianz nur eine schwächelnde Defensive anzubieten hatte. Erst 2005/6 gab es im Reichen- und Machtlager eine deutliche Wendung hin zu der Demokratischen Partei. Gleichgültig welche politische Formation letztlich das Sagen haben wird: eine Grundfigur der *großen Machtteilung* zwischen ihnen wird bleiben und der Konsens ebenso, dass an den Zentralprinzipien der *Imperialität* und des *Neoliberalismus* nicht gerührt werden sollte. Hier allerdings kündigt sich – nach dem schief gelaufenen Projekt Krieg – das nächste Desaster an: die Krise der US-Finanzmacht.

15 Ausführlich dokumentiert im Economist v. 29.3.2008.